

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugsgeld durch unsern Boten (mit dem Hausnummer) abgeholt monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und ist abgeholt vierteljährlich 2,70 M., monatlich 0,75 Pfg. Durch den Briefträger (mit dem Hausnummer) 3,75 M., monatlich 1,00 M. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanwärter und Ausgabehelfer, sowie die Postämter und Briefträger können Bestellungen entgegennehmen.

Regelungsgeld: Die (nicht) zahlenden Besteller oder Bestellerinnen sind zu befragen. Dem Auer Tageblatt sind die Anzeigen zu bringen. Die Anzeigen sind zu bringen: am besten am Morgen um 10 Uhr, am spätesten am Abend um 6 Uhr. Die Anzeigen sind zu bringen: am besten am Morgen um 10 Uhr, am spätesten am Abend um 6 Uhr. Die Anzeigen sind zu bringen: am besten am Morgen um 10 Uhr, am spätesten am Abend um 6 Uhr.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 83. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 237

Donnerstag, den 10. Oktober 1918

13. Jahrgang

Wilson's vorläufige Antwort.

Bedenklicher Regierungswechsel in der Türkei. — Zum Zusammenbruch Bulgariens. — Wahlreform in Sachsen in Sicht. — Die Einschränkung der Militärgewalt im Reich. — Regierungswechsel in Oesterreich bevorstehend.

Das deutsche Friedensangebot. Wilson's vorläufige Antwort.

Die deutsche Friedensnote ist, wie gemeldet, nach einem aus Amerika eingelangenen Funkpruch am Montag im Weißen Hause zu Washington durch den schwedischen Gesandten übergeben worden, während der schwedische Gesandte die Note Curians übergab. Inzwischen ist dem schwedischen Geschäftsträger in Washington von dem Staatssekretär Lansing eine Note übergeben worden, deren Inhalt wir gestern bereits durch Sonderblatt bekanntgegeben haben. In dieser Note, die als vorläufige Antwort Wilsons aufzufassen ist, heißt es:

„Ob er auf das Vorschlag der kaiserlich deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so aufrichtig und geradlinig erteilt wird, wie die wichtigsten Interessen, die darin eingeschlossen sind, es fordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des geraden Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongress vom 8. Januar in den folgenden Worten niedergelegt worden sind, annimmt und daß der Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?“

Der Präsident der Vereinigten Staaten sieht sich verpflichtet, zu dem Vorschlag eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, so lange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuführen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenige Gewalt des Reiches sprach, die bisher den Krieg geführt hat. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Dazu bemerkt Wolffs Büro: Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier in einem amtlichen Text nicht vor. Eine genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich.

Die Antwort auf die Schlüsselfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstags-Sitzung vom 8. ds. Mts. gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.

Die Wilson'schen Sätze lassen sich in sehr verschiedener Weise in die Praxis umsetzen. Als selbstverständlich hoffen wir annehmen zu dürfen, daß die deutsche Regierung zu einem Frieden um jeden Preis sich nicht verstehen wird. So verzweifelt ist unsere Kriegslage denn doch noch nicht. Wir sind gern bereit, einen Frieden zu schließen, der sich mit unserer Ehre und der Möglichkeit einer weiteren politischen und wirtschaftlichen Existenz vereinbaren läßt, aber wenn es sein muß, können und werden wir auch weiterkämpfen, und es ist doch sehr die Frage, ob England und Frankreich in der Lage sind, den nächsten Kriegswinter durchzuhalten. Sie haben jedenfalls den Frieden kaum weniger nötig als wir. Die Kriegsmüdigkeit ist bei ihnen, wie wir aus sicheren Quellen wissen, schon riesengroß und sie könnten leicht dazu führen, daß noch vor dem letzten Stunden-Schlag das Schicksal sich gegen sie wendet.

Aus Washington wird vom 8. Oktober gemeldet: Wilson verbrachte den heutigen Vormittag in seinem Arbeitszimmer. Später berief er Staatssekretär Lansing und Oberst House und Tumulty zu einer Beratung, nach der amtlich angelegt wurde, daß den Zeitungen wahrscheinlich um 4 Uhr nachmittags eine wichtige Ankündigung zugehen werde. — Amtlich wird bekanntgegeben, daß eine Antwort auf die österreichischen Friedensvorschläge augenblicklich nicht in Erwägung gezogen wird.

Ministerwechsel in der Türkei.

Ein Friedensabstimm. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist im dortigen Kabinett eine Umwandlung eingetreten. Der bisherige Großwesir Talat Pascha ist durch Senator Tewfik Pascha ersetzt worden. An die Stelle des bisherigen Kriegsministers Enver Pascha ist der feinergeleitete Kriegsminister Izzet Pascha getreten. Zum Minister des Aeußeren wurde der oppositionelle Senator Ahmed Riza Bey ernannt. Die jetzige Zusammensetzung des Kabinetts befindet den allgemeinen Friedenswillen des türkischen Volkes. Die Nachricht vom Kabinettswechsel ist der türkischen Botschaft in Berlin noch nicht zugegangen. An ihrer Richtigkeit ist aber nicht zu zweifeln.

Die Berliner türkische Botschaft teilt mit, daß sie zwar noch keine amtliche Bestätigung des Rücktritts Talat Paschas als Großwesir und Enver Paschas als Kriegsminister und Wizegenerallismus aus Konstantinopel erhalten habe, daß aber nach ihren Informationen der Rücktritt tatsächlich erfolgt sei. Wie das Konstantinopler Blatt „Bakı“ erzählt, hat Großwesir Talat Pascha dem Sultan die Demission des Kabinetts überreicht, welche angenommen worden sei. Die Leitung der Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts sei dem früheren Botschafter in London, Tewfik Pascha, übertragen worden.

Diese Mitteilungen werden auch anderweitig in der Presse bestätigt. Wir dürfen uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß damit in der Stambuler Regierung sich ein Wechsel vollzogen hat, der eine entscheidende Schwächung des türkischen Kriegswillens bedeutet und den ersten Schritt auf der Bahn eines völligen Erlahmens der Widerstandsfähigkeit unseres Bundesgenossen darstellt. Die Erfahrungen, die wir mit Bulgarien gemacht haben, sind ganz dazu geeignet, uns vor Selbsttäuschungen zu bewahren. Es kann kaum ausbleiben, daß das schlechte bulgarische Beispiel auch auf die Stimmung im türkischen Heere, die zudem durch die allgemeine Kriegsmüdigkeit hinter der Front ungünstig beeinflusst wird, zurückwirkt. Wir werden daher damit rechnen müssen, daß der Verband bei seinen Versuchen, die Stambuler Regierung im Sinne eines Sonderfriedens zu beeinflussen, nicht mehr eine glatte und ungetriebene Abweisung erfährt, sondern daß die Türkei in absehbarer Zeit, ebenfalls wie Bulgarien, geneigt sein wird, den Frieden um jeden Preis zu kaufen. Kommt es anders, um so besser für uns.

Der Zusammenbruch Bulgariens.

Erklärungen des Königs Ferdinand.

In einer Unterredung mit dem Wiener Berichterstatter des „N. O.“ äußerte sich Zar Ferdinand über die Ursachen des bulgarischen Zusammenbruchs. Er wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, denen das bulgarische Heer in Mazedonien ausgesetzt war. Die Soldaten litten Durst und Hunger. Die Ernährungsverhältnisse wurden stets schwieriger. Ganzem Truppenteilen mangelte es an Kleidung, so daß das bulgarische Heer, durch den jahrelangen Stellungskrieg erschöpft, nicht mehr imstande war, Widerstand zu leisten. Diese Uebelstände wurden durch die innerpolitischen Wirren vermehrt. Zar Ferdinand erklärte, daß er alles tat, um Bulgarien bei dem Bündnis mit den Mittelmächten zu erhalten. Es sei unwahr, daß Bulgarien mit den Entente-Regierungen verhandelt habe. Er erklärte, daß er bis zum letzten Augenblick im loyalsten Einvernehmen mit den Verbündeten gestanden habe. Indessen konnte er als Herrscher eines verfassungsmäßigen demokratischen Staates nicht anders handeln. Nach der Niederlage des bulgarischen Heeres besah Bulgarien nicht mehr die physische Kraft zur Fortsetzung des Krieges und war gezwungen, das Ziel seiner nationalen Wünsche und die Erregenschaften des Krieges aufzugeben. Der grenzenlosen und beschränkten Friedenssehnsucht, die sich überall kundgab, mußte schließlich nachgegeben werden. Dagegen, fuhr der Zar fort, habe ich, als mir das Verbleiben am Bündnis zur Unmöglichkeit geworden war, für meine Person die endgültigen Konsequenzen gezogen. Nach den Mitteilungen des Berichterstatters ist Zar Ferdinand durch die jüngsten Ereignisse tief erschüttert und leidet auch unter den Nachwirkungen der spanischen Grippe. Nichtsdestoweniger erträgt er sein Schicksal mit großer Seelenruhe.

Die Entente in Bulgarien.

Aus Sofia wird vom 8. Oktober gemeldet: Heute vormittag fand im Eisenbahnministerium unter Teilnahme von Worsoff, Generaldirektor der Eisenbahn und Telegraphen, General Kuloff, dem französischen Oberst Drouot und 2 englischen Offizieren eine große Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stand die Uebernahme der bulgarischen Eisenbahnen, Straßen, Häfen, der Telegraphen und Telephon durch die Entente-Kontrollkommission, sowie die Besprechung über die Transportmöglichkeiten der Entente-Truppen zu der vertragmäßig zustehenden Besetzung der strategischen Punkte in Bulgarien. Western wurde Guetschew an der albulgarischen Grenze von der Entente besetzt, heute Küssenbil. In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober soll ein französisches Regiment nach Sofia kommen, wahrscheinlich über Küssenbil. Von den unter den Waffen gehaltenen 8 Jahrgängen der bulgarischen Truppen (Jahrgang 88 bis 92) werden die 4., 8. und 10. Division neu aufgestellt und diese 3 Divisionen bilden die den Bulgaren zugestandene Truppenmacht. Mehr und mehr bricht sich in der Bevölkerung die Erkenntnis Bahn, daß für Bulgarien noch lange nicht Frieden ist, sondern Okkupation durch die Entente und Krieg.

Die innere Lane. Wahlreform in Sachsen.

Aus Dresden wird gemeldet: Unter dem Vorsth Sr. Majestät des Königs und in Gegenwart Sr. Abnigligen Hoheit des Kronprinzen fand heute eine Sitzung des Gesamtministeriums statt. In ihr wurde als Tag der Einberufung des vertagten ordentlichen Landtages des 28. Oktober festgesetzt und das Ministerium des Innern mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage beauftragt, die das bestehende Landtagewahlrecht zur Zweiten Kammer durch ein solches auf breiter Grundlage ersetzen soll.